

## Unsere Forderungen:

Es sind mehr als bisher Gelder bereitzustellen, um konsequent der wachsenden Kinder- und Altersarmut durch Förderprogramme, Stipendien, Zuschüsse zur Grundsicherung und zur Rente Paroli zu bieten.

Ein soziales Europa bedeutet, dass alle EU-Bürger eine Mindestsicherung in der Höhe des landesspezifischen Existenzminimums erhalten, denn nur auf diesem Wege kann eine menschenwürdige Lebensführung sichergestellt werden. Es ist dringend notwendig, den Schutz der „Schwachen“ im Vertrag von Lissabon durch einen „Europäischen Sozialpakt“ auszubauen!

Das Vertrauen in die Stabilität des Geldes, in Finanzmärkte und Wirtschaft muss wiederhergestellt werden. Die Bankenaufsicht muss innerhalb der EU-Politik oben auf der Agenda stehen. Als erster Schritt hierfür ist die Abkehr von der Politik der Deregulierung der Finanzmärkte erforderlich. Europa muss seine Finanzplätze durch klare, grenzüberschreitende Regeln hinsichtlich Spekulationen und risikoreicher, unseriöser Finanzprodukte streng regulieren.

Wir fordern neue Bilanzierungsregeln für Banken, die europaweit Geltung haben müssen, und darüber hinaus einheitliche europäische Kreditrichtlinien und mehr Transparenz für Verbraucher bei Finanzprodukten. Wir fordern eine verantwortungsvolle Zinspolitik der Europäischen Zentralbank und die Einhaltung des Stabilitätspakts von Maastricht durch alle Mitgliedsstaaten der EU ab dem Jahr 2010 ohne WENN und ABER.

## Warum uns wählen?

Mehr und mehr stellt sich unter dem Druck von Globalisierung und internationalem Wettbewerb die Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Ein neuer gesellschaftlicher Konsens hierüber ist unserer Meinung nach unumgänglich.

Einer langsam aber stetig abbröckelnden Demokratie wollen wir entgegenwirken durch mehr Bürgernähe und durch Protest gegen Behördenwillkür.

Unser ethisches Verständnis und unser Gerechtigkeitsempfinden gilt nicht nur den Menschen, sondern auch unseren Mitlebewesen.

Fast verloren gegangene Werte wie Rücksichtnahme und Verantwortung sollten wieder gefragt sein.

Wir sind unabhängig und arbeiten uneigennützig; unser Einsatz gilt vor allem den Schwachen und Wehrlosen.

Wenn Sie auch für die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind, wenn Sie für sich und Ihre Kinder eine erstrebenswerte Zukunft möchten – dann wählen Sie uns!

[www.tierschutzpartei.de](http://www.tierschutzpartei.de)

Überreicht durch:

# Mensch Umwelt Tierschutz

- Die Tierschutzpartei –



Foto: iStockphoto.com

**Für ein soziales und  
wirtschaftlich starkes  
Europa!**

## Sozialabbau und Armut in Europa!

Die Armutsquote in der Europäischen Union betrug 2007 rund 16 Prozent, das sind 78 Millionen Menschen.

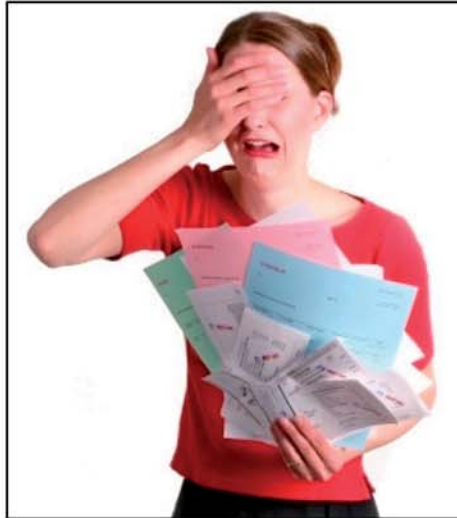


Foto: iStockphoto.com

Durch die derzeitige Weltwirtschaftskrise wird sie drastisch ansteigen. Vor allem Kinder sind durch die Armut betroffen - 19 Millionen. Nach einem Bericht der „Europäischen Kommission über Sozialschutz und soziale Eingliederung“ lebt jedes fünfte Kind innerhalb der EU bereits in Armut.

Kinderarmut in Europa ist ein Armutszeugnis für Europa! Aber nicht nur junge Menschen sind von der schleichenden Verarmung betroffen. Problematisch ist z. B. auch die Beschäftigungsrate im Bereich der älteren Arbeitnehmer. Nur noch 44 Prozent der 55- bis 64-Jährigen haben einen Arbeitsplatz.

Ab dem 60. Lebensjahr geht es dann rapide bergab: Lediglich 28 Prozent der 60- bis 64-Jährigen sind im EU-Durchschnitt noch erwerbstätig.

## Weltwirtschaftskrise!

Durch die Deregulierung der Finanzmärkte und die Politik „Wachstum um jeden Preis“ steckt Europa - genauso wie die USA, Japan, China und viele andere Länder der Welt - in der Krise.

Die Aktienkurse an sämtlichen Börsen der Welt sind eingebrochen. Die Kreditvergabe ist stark rückläufig und infolgedessen werden unternehmerische und private Investitionen aufgeschoben. Der Verschuldungsgrad der europäischen Mitgliedsstaaten ist exorbitant angestiegen.

Die Krise hat zu Kurzarbeit und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Sie wird unzählige Firmen in den Bankrott treiben. Ab Jahresmitte ist mit Massenentlassungen und rapide steigenden Arbeitslosenzahlen EU-weit zu rechnen; prognostiziert werden mittlerweile über 10 Prozent. Zweifellos werden auch die demokratischen und gesellschaftlichen Strukturen ins Wanken geraten - es ist nur eine Frage der Zeit!

Nichts ist mehr sicher – auch der Euro nicht mehr, denn der Stabilitätspakt (laut Maastricht-Vertrag nicht mehr als 3 Prozent Neuverschuldung) ist längst zur Makulatur verkommen. 17 EU-Staaten, so die Erwartung aus Brüssel, werden die Hürde reißen. Dazu gehören Länder wie Deutschland (4,2%), Frankreich (5,0 %), Spanien (5,7 %), Großbritannien (9,6 %) und Irland (13 %). Italien und Griechenland stehen bereits kurz vor der Pleite; sie haben die höchsten Staatsschulden – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb der Europäischen Union.

## Die Verantwortlichen beim Namen nennen!

Verantwortlich dafür sind jene Politiker/innen, die Spekulanten in Investmentbanken, Hedgefonds usw. hofiert und ihre politischen Entscheidungen nach deren Vorgaben getroffen haben. Sie verspielten leichtsinnig zig Milliarden von Steuergeldern ( also Volkseigentum ) und vernichteten damit Arbeitsplätze. Obwohl es seit 2004 genügend Warnungen gab, wurde von den europäischen Regierungen auf die Deregulierung der Finanzmärkte gesetzt.



Foto: iStockphoto.com

Im schwarz-roten Koalitionsvertrag wurde auf den Seiten 86 und 87 festgeschrieben, die Zulassung von Hedgefonds sei zu erleichtern sowie Maßnahmen zur Deregulierung der Finanzmärkte zu beschließen. Davon wollen Merkel, Steinbrück und Co. heute nichts mehr wissen! Verständlich! Sie haben ihre Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt und vor allem nichts getan, um unsere Volkswirtschaften auf diese absehbare Krise vorzubereiten.